

Annapolis beenden – Neuanfang wagen

27.11.2008

Dr. Margret Johannsen

Auf dem Flug zu ihrem zwanzigsten Nahost-Besuch Anfang November erklärte US-Außenministerin Condoleezza Rice den mitreisenden Pressevertretern, nie seien Israel und die Palästinensische Autorität (PA) dem Frieden näher gewesen. Die Vertreter der Konfliktparteien sahen das vermutlich anders, denn in den einjährigen Verhandlungen seit dem Gipfel von Annapolis am 27. November 2007 gab es keinerlei Fortschritte, die ein Abkommen zur Gründung eines palästinensischen Staates in erreichbare Nähe gerückt hätten. Zwar bekannten sich der palästinensische Präsident Abbas und der israelische Premier Olmert zur Teilung des Territoriums zwischen Jordan und Mittelmeer. Doch bei den Verhandlungen über die dornigen Fragen, die in einem Friedensvertrag zu lösen sind – der Grenzverlauf, die Verteilung der Wasserressourcen, die Räumung von Siedlungen, der Status Jerusalems, die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen – gab es keine Fortschritte, die dieses Etikett verdient hätten. Es bleibt zu hoffen, dass die künftige US-Regierung diese Realität zur Kenntnis nimmt und umsteuert.

Das Scheitern von Annapolis sollte nicht überraschen, denn die Konstruktionsfehler der früheren Verhandlungsformate – Oslo (1993) und Road Map (2003) – hätten Warnung genug sein können. Um den Konflikt abschließend zu regeln, hätte es auf beiden Seiten Vertrauen in die Bereitschaft des Gegners geben müssen, Frieden zu schließen. Nur dann hätten sie die oft genannten „schmerzhaften Kompromisse“ eingehen können. Doch in keinem der Friedenspläne gab es einen Mechanismus um Sabotageversuche zu vereiteln, Vermittlung und Streitschlichtung waren nicht vorgesehen. In Annapolis wiederholten sich diese Versäumnisse, als der israelische Ansatz reüssierte, ein Friedensabkommen gemäß den Vorgaben der Road Map umzusetzen. Erschwerend kam hinzu, dass die Hälfte der Palästinenser, repräsentiert durch die Hamas, aus dem politischen Prozess ausgeschlossen wurde. Um den Weg zu einem palästinensischen Staat zu ebnen, hätte die PA die palästinensischen Gewaltakteure unter ihre Kontrolle bringen müssen, damit Angriffe auf Israel unterbleiben. Israel hätte in der Westbank den Siedlungsbau einstellen, Siedlungsvorposten auflösen und beginnen müssen, die über 600 militärischen Straßensperren zu beseitigen, die das Leben unerträglich einschränken und die Wirtschaft lähmen. Die Bilanz nach einem Jahr: Keine Seite hat diese Verpflichtungen, die den Weg zu einem palästinensischen Staat ebnen sollen, erfüllt.

Zwar baute das israelische Militär einige Straßensperren ab. Doch an anderer Stelle entstanden neue und der Siedlungsbau vor allem im Großraum Jerusalem wurde sogar noch forciert. Angesichts des fortgesetzten Landraubs konnte Präsident Abbas es kaum wagen, Konzessionen in den höchst sensiblen Fragen, vor allem bei Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines Staates Palästina oder beim Rückkehrrecht der Flüchtlinge, zu machen, ohne als Marionette Israels und seines mächtigen Schutzpatrons zu gelten. Auf der anderen Seite kooperierte zwar die in Ramallah residierende PA mit der israelischen Armee bei der Jagd auf Aktivisten und Sympathisanten der oppositionellen Hamas und schloss deren gemeinnützige Einrichtungen. Aber von einer Durchsetzung des Gewaltmonopols in der Westbank ist die PA weit entfernt.

Doch eine rote Karte zeigten die USA weder Israel noch der PA. Seit 9/11 scheint eine Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts, der wegen seiner hohen Symbolkraft so viel destruktives Mobilisierungspotenzial besitzt, von zweitrangiger Bedeutung. Priorität hat

für die USA in ihrem globalen Krieg gegen den Terror offensichtlich der Sieg über die islamistische Hamas. Diese herrscht im Gazastreifen, wird von Israel als dortige de-facto Regierung eines Quasi-Feindstaates behandelt und richtet sich im Elend der Blockade ein. Vor einem Jahr mochten die in Annapolis Versammelten noch an die Zweistaatenlösung geglaubt haben. Erwarten sie im Ernst, dass drei Staaten – Israel, Ost-Palästina (Fatahland) und West-Palästina (Hamastan) im Konflikt um das Land zwischen Jordan und Mittelmeer eine tragfähige Lösung finden werden? Der neue Hoffnungsträger in Washington sollte es besser wissen. Dafür könnten die Europäer sorgen, indem sie ihre Kontakte zum liberalen Establishment verstärkt nutzen und eigene Ideen in das zuletzt von Washington dominierte Nahost-Quartett einbringen. Die EU hat nur eine Chance, Einfluss auf die im Werden begriffene Nahost-Politik Obamas zu nehmen, wenn sie einen neuen Anfang wagt, z.B. eine Blaupause für einen Friedensvertrag auf den Tisch legt, die einen territorial zusammenhängenden und entwicklungsfähigen Staat Palästina mit Ost-Jerusalem als dessen Hauptstadt vorsieht, und sich verpflichtet, die Umsetzung „on the ground“ zu überwachen. Viel Zeit bleibt der EU nicht. Sie sollte sie nutzen.